69. Jahrgang Nr. 335

Berliner

Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Dienstag, 19. Juli 1921

Der Friedensvertrag mit Amerika.

Eine Unterredung des amerikanischen Geschäftsträgers mit Dr. Rosen.

Paris, 19. Juli. (E. E.)

„Chicago Tribune“ meldet: Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Dresel, hatte aus Washington direkte Weisung, mit dem Außenminister Dr. Rosen über die Frage zu sprechen, welche Friedensbedingungen zwischen Amerika und Deutschland festgelegt werden sollen. „Chicago Tribune“ erfährt von einer hohen diplomatischen Persönlichkeit, daß die amerikanische Regierung von der deutschen Anregungen zu empfangen wünschte, in welcher Weise der Friedensvertrag am wirksamsten gestaltet werden könnte, da die Beratungen über die Friedensresolution die Situation nur unwesentlich verändert hätte und Deutschland sich somit immer noch in einer komplizierten Lage befinde. Gemäß den Erklärungen dieses Diplomaten wurde der amerikanische Geschäftsträger durch Washington beauftragt, dem deutschen auswärtigen Amt gewisse zahlreiche Anfragen vorzulegen, doch bezeichnete es die Gewährsperson des Korrespondenten als unrichtig, daß der deutschen Regierung dieserhalb eine offizielle Note übermittelt worden sei. Es wird angenommen, daß der Gedankenaustausch zwischen Dresel und Dr. Rosen die Stellung des Präsidenten Harding in dieser Frage bedeutend erleichtern wird. Der Diplomat erklärte ferner, daß sich Deutschland bei Unterzeichnung des Versailler Vertrages gegen dieses Dokument ausgesprochen habe und das die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten diesen Vertrag nicht ratifiziert haben, den Abschluß eines Sonderfriedens noch schwieriger gestalte. Deutschland blicke auf die Vereinigten Staaten als auf die einzige uninteressierte Macht, die an der Ausarbeitung des Friedensvertrages mitwirkte, und Deutschland hofft deshalb, Amerikas Unterstützung bei der Lösung der Saarfrage, des schlesischen, Danziger sowie anderer Probleme zu finden, die Deutschland für bisher ungelöst ansieht. Es wird erklärt, daß bei den Besprechungen Dr. Rosens mit Dresel diese Fragen nicht von deutscher Seite völlig erörtert werden konnten, da Amerika diese Fragen gemeinsam mit den Ententemächten gelöst hat.

Vor der englischen Antwort an Briand.

Die Meinungsverschiedenheit in der Beurteilung der Lage in Oberschlesien. — Keine Verstärkung der englischen Truppenmacht.

Paris, 19. Juli. (W. T. B.)

Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ sagt, die englische Regierung habe noch keine Stellung zur oberschlesischen Note genommen. Nach der Enquete, die er angestellt habe, scheine das Foreign Office der Ansicht zu sein, daß die augenblickliche Lage die Entsendung von Verstärkungen, die die französische Regierung vorschlage, nicht rechtfertige. Ohne daß das Londoner Kabinett seinen Vorschlag zugunsten einer sofortigen Regelung der oberschlesischen Frage aufgeben wolle, scheine es keineswegs die Absicht zu haben, auch nur eine Brigade nach Oberschlesien zu entsenden. Der „Matin“ schreibt, daß die englische Antwort über Oberschlesien noch heute in Paris eintreffen werde und daß man erst dann sagen könne, wann der Oberste Rat zusammentreten werde. Ein französischer, der Schweiz benachbarter Bezirk könne dafür in Frage kommen, da Lloyd George sich ja im August in der Schweiz aufhalten sollte und die italienischen Delegierten leicht hinkommen könnten. Der „Matin“ bestätigt übrigens durch seinen Londoner Korrespondenten, daß die britischen Behörden nicht geneigt seien, ihre Truppenmacht in Oberschlesien zu verstärken, da die Tatsachen, auf die Ministerpräsident Briand in einer Note angespielt habe, nicht mit den optimistischen Berichten der englischen Vertreter übereinstimmen, die der englische Kommissar in Oppeln erhalten habe.

London, 19. Juli.

„Daily Expreß“ versichert, von zuständiger Seite gehört zu haben, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die oberschlesische Frage eine zunehmende Spannung eintrete. Die britische Regierung weigere sich rundweg, weitere Truppen zu entsenden, da sie überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe. Die „Times“ schreiben in ihrem Leitartikel, schnelle Regelung des oberschlesischen Problems sei nach wie vor erforderlich; indessen sei zuzugeben, daß die Lage (wie sie in der französischen Note geschildert sei) ein vorheriges energisches Auftreten der Alliierten erfordere, jedoch müsse betont werden, daß auf jeden Fall ein enges Zusammenwirken zwischen Frankreich und England von höchster Wichtigkeit sei. Die „Times“ bedauern lebhaft, daß im vorliegenden alle die Alliierten durch irgend welche unerklärlichen Fehler in der diplomatischen Maschinerie verhindert worden seien, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, sowie ihn die gegenwärtige delikate Lage erfordere.

Briand soll „Genaueres“ angeben.

Reuter erfährt, daß Briand auf seine Anregung hin, eine Zusammenkunft von Sachverständigen herbeizuführen, die sich mit der oberschlesischen Frage beschäftigen sollen, eingeladen wurde. Genaueres anzugeben. Wenn auch nach englischer Ansicht diese Sachverständigenbetragung vermutlich zu keinem bestimmten Ergebnis führen wird, so war man doch der Meinung, daß der Oberste Rat die Frage möglichst bald behandeln sollte, und daß die Sachverständigen deshalb unverzüglich zusammentreten und bis zum 24. Juli an den Obersten Rat berichten sollten. Briand stimmt mit der britischen Regierung darin überein, daß die Sachverständigen nicht viel wirklich wertvolle Arbeit bis zu jenem Zeitpunkt leisten könnten. Er erklärt überdies, daß die Lage in Oberschlesien so schlecht sei, daß es ganz unmöglich sein würde, irgendwelche Entscheidungen durchzusetzen, die erreicht werden könnten, und daß es infolgedessen nutzlos sein würde, den Obersten Rat noch in diesem Monat einzuberufen. Da ihm aus vielen Gründen der August nicht passe, sei er nicht in der Lage, irgendein Datum vorzuschlagen. Indessen seien die Franzosen der Ansicht, daß die alliierten Streitkräfte auf der Stelle vermehrt werden müßten. Briand selbst sei bereit, eine neue französische Division zu entsenden.

Bramarbas Korfanty in Paris.

Neue Frechheiten des Putschführers.

Paris, 19. Juli (E. E.)

Korfanty, der hier eingetroffen ist, äußerte sich Zeitungsvertretern gegenüber folgendermaßen: Oberschlesien ist unruhig und aufgeregt. Das wirtschaftliche Leben leidet sehr unter dem gegenwärtigen Zustande. Kein Unternehmen wird gewagt werden, solange Deutschlands Drohungen die Zukunft des Landes unsicher gestalten. Für den Obersten Rat gibt es kein Hindernis, seine Entscheidung zu treffen und zur Durchführung zu bringen, und Polen hofft, daß dies auch geschehen wird. Wir haben die Ueberzeugung, daß der Oberste Rat die oberschlesische Frage gemäß den Ergebnissen der Volksabstimmung in billiger Weise lösen wird. — Korfanty ist überzeugt, daß, wenn die Alliierten so handeln würden, die Deutschen sich ruhig verhalten würden; sie würden nicht wagen, sich dem Willen des Obersten Rates zu widersetzen. Auf den Einwurf eines Berichterstatters, was es mit den Drohungen des Generals Höfer auf sich habe, bezeichnete Korfanty diese als „bloßen Bluff“. „Die Deutschen gebrauchen große Worte, wenn sie sich aber Taten gegenüber befinden, dann würden sie bescheiden und schweigsam. Würde der Oberste Rat seine Entscheidung getroffen haben, könnten die Besatzungstruppen aus Oberschlesien zurückgezogen werden. Die Deutschen einerseits, die Polen andererseits würden den Teil des Landes in Besitz nehmen, der ihnen zuerteilt würde, und man könnte wieder zu arbeiten beginnen. Die deutschen Industriellen in Oberschlesien würden sich gern den Polen zur Verfügung stellen (!) und nichts anderes wünschen, als wieder in Ruhe arbeiten zu können. Die oberschlesische Frage müsse rasch geregelt werden, ohne daß das Land dabei eine Art Tauschobjekt bilde. Weiter damit zu warten, sei eine Gefahr für die ganze Welt. Man würde diese reiche Provinz in ein Agitationsfeld verwandeln, das allmählich zu europäischen Verwicklungen führen würde.“

Neue Sammlung polnischer Insurgenten.

„Die Zeit zum Ausruhen noch nicht gekommen“

Posen, 19. Juli.

Im „Kurjer Poznanski“ erläßt der Verband ehemaliger polnischer Aufständischer aus Oberschlesien einen Aufruf, in dem es heißt, die Zeit zum Ausruhen ist für uns noch nicht gekommen. Wir müssen warten, um bereit zu sein, jeden Augenblick unser Leben für die Ideale einzusetzen, für welche wir gekämpft haben. Wir sind dabei, in allen Ortschaften Gruppen von ehemaligen Aufständischen zu bilden, die von einer starken Organisation umfaßt werden. Jeder Aufständische, der bis jetzt seiner patriotischen Pflicht genügt hatte, ist verpflichtet, der Gruppe beizutreten.

*

Wenn man von diesem Aufruf die hochtrabenden Phrasen abzieht, so bleibt nur die traurige Tatsache, daß Herrn Korfantys Räuberbanden an ihrer Tätigkeit Gefallen gefunden haben und nach neuen Unternehmungen lechzen. Da die Truppen des Herrn Le Rond dafür sorgen, daß niemand diesen Gewerbebetrieb stört, so sind die Herrschaften in der angenehmen Lage, ihren „Idealen“ in einer durchaus gefahrlosen Weise dienen zu können . . .

Englands Handel mit Rußland. Die englische Handelsdelegation ist nach Rußland abgereist.

Neue Faszistentumulte. Nach Blättermeldungen ist es zu Zusammenstößen zwischen Faszisten und Kommunisten in San Stefano di Magra und einem Nachbarorte gekommen. Vier Tote und zwanzig Verwundete werden gemeldet. Ein kommunistisches Gewerkschaftshaus wurde geplündert.

Harding und der Petroleumzoll. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Harding habe den Kongreß ersucht, die Zustimmung zu dem Petroleumzoll zu streichen. Er verlange indessen Vollmachten, den Zoll zur Anwendung gegen solche Länder zu bringen, die einen Exportzoll auf Petroleum erheben, das nach den Vereinigten Staaten gehe.

Mutter- und Kinderschutz.

Die Verbesserung der Fürsorgebestimmungen.

Bis in den Krieg hinein bestand ein öffentlich-rechtlicher Mutterschutz nur für diejenigen Wöchnerinnen, die auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung selbst Mitglieder einer öffentlichen Krankenkasse gewesen waren. Solange Deutschland reich war, auch reich an Kindern, blieb der Ruf nach einem allgemeinen Mutterschutz fast ganz ungehört. Erst in dem großen Sterben des Krieges besann man sich darauf, daß man wohl etwas tun müsse für die Mütter und die Neugeborenen. Es wurde damals durch Verordnung vom 8. Dezember 1914 eine Wochenhilfe für die Kriegerfrauen geschaffen.

Als nach Beendigung des Krieges die Voraussetzung dieser Verordnung wegfiel, beantragten in der Nationalversammlung am 27. März 1919 die demokratischen Abgeordneten Dr. Baum, Erkelenz, Schneider die schleunige Einführung einer durchgreifenden Wochenfürsorge im Rahmen der Krankenversicherung. Die Regierung zögerte noch mit einer Gesetzesvorlage, bis Ende August 1919 durch ein Initiativgesetz, ein energischer Mutterschutz erzwungen wurde. Es fand die Zustimmung aller Regierungsparteien.

Die seitdem eingetretene Geldentwertung hat die Bedeutung des Gesetzes allmählich abgeschwächt. Im Frühjahr 1921 beantragte der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages eine Neuregelung der Mutterschutzversorgung. Erst kurz vor der diesmaligen Sommerpause des Reichstages erschien ein entsprechender Gesetzentwurf, der dann auch noch erledigt wurde.

Das jetzige Gesetz bringt eine wichtige Neuerung zur Mutterschaftsfürsorge, deren Bedeutung vermutlich sehr erheblich ist. Das bisherige beschränkt sich auf finanzielle Unterstützungen. Das neue Gesetz aber gewährt der großen Mehrzahl der Wöchnerinnen unter gewissen Voraussetzungen freie ärztliche Behandlung. Als einzige Voraussetzung legt das Gesetz fest „falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird.“ Es wird in den Ausführungsvorschriften festzulegen sein, an welche Bedingungen dies Erfordernis zu binden ist. Bei den Beratungen tauchte die Befürchtung auf, daß die allgemeine Fassung zu einer übertriebenen Inanspruchnahme der ärztlichen Hilfe führen könne. Dieser Besorgnis trat Dr. Bäumer entgegen mit dem Hinweis, daß wohl in der Regel die Hebamme darüber zu befinden habe, ob ärztliche Behandlung „erforderlich“ sei, und daß keine Hebamme einen Arzt hinzuziehen werde, wenn es nicht nötig sei. Auch Frau Schröder und Frau Teusch sprachen sich im gleichen Sinne aus, wie denn überhaupt gerade die weiblichen Abgeordneten für die freie ärztliche Hilfe eintraten, um Frauenkrankheiten oder Fehlgeburten zu mindern.

Bis zur Einigung der Aerzte mit den Krankenkassen sollen die zu ärztlicher Hilfe berechtigten Wöchnerinnen statt dessen eine besondere geldliche Beihilfe bis zu 50 Mark neben den andern Bezügen erhalten. Im Herbst hofft man ärztliche Hilfe in der Tat gewähren zu können. — Ueber die Leistungen der Wochenhilfe nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes ist folgendes zu sagen. Man muß drei Möglichkeiten unterscheiden:

1. Die auf Grund eigener Versicherungspflicht beschäftigten krankenversicherten Wöchnerinnen, wenn sie im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate in einer Krankenkasse versichert gewesen sind. (Wochenhilfe.)

2. Die versicherungsfreien Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegetöchter des männlichen Versicherten, wenn sie mit diesem in häuslicher Gemeinschaft leben. (Familienhilfe.)

3. Alle übrigen minderbemittelten Wöchnerinnen. (Wochenfürsorge.)

Auf Grund des neuen Gesetzes werden folgende Regelleistungen an die selbstversicherten Wöchnerinnen gewährt:

1. Aerztliche Behandlung, wenn solche „erforderlich“ ist. Solange ärztliche Behandlung noch nicht gewährt werden kann, wird der oben angeführte Betrag bis zu 50 Mark gewährt, falls ein Arzt zugezogen ist.

2. Ein einmaliger Beitrag zu den Entbindungskosten von 100 Mark (bisher 50 Mark).

3. Ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 4,50 Mark täglich, zehn Wochen lang (bisher 1,50 Mark täglich). Die Regierung hatte 3 Mark täglich beantragt. Auf Antrag Bäumer-Erkelenz wurde der Mindestbetrag auf 4,50 Mark täglich erhöht. (In den meisten Fällen wird das Wochengeld zwei- bis dreimal so hoch sein, wie der Mindestbetrag.) Das Wochengeld soll mindestens noch sechs Wochen lang nach der Niederkunft bezahlt werden. Die ersten vier Wochenbeträge sind spätestens mit dem Tage der Niederkunft fällig.

4. Ueber das erwähnte Wochengeld hinaus wird ein Stillgeld gewährt solange die Wöchnerin das Kind selbst stillt. (Das Stillgeld wird bis zu zwölf Wochen nach der Niederkunft bezahlt und zwar soll es die halbe Höhe des Krankengeldes erreichen, jedoch mindestens 1,50 Mark täglich.) Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder in der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge des Wochen- und Stillgeldes an den gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Bei der „Familienhilfe“, d. h., wenn es sich um nicht selbstversicherte Wöchnerinnen handelt, werden gewährt: Aerztliche Behandlung und Entbindungskosten wie oben. Das Wochengeld ist auf den festen Betrag von 3 Mark täglich, das Stillgeld auf 1,50 Mark festgesetzt. Die Familienhilfe ist auch zu gewähren, wenn die Niederkunft innerhalb 9 Monate nach dem Tode des versicherten Ehemannes, Vaters usw., erfolgt. Die Leistungen der Familienhilfe werden den Krankenkassen gemäß einem Antrage Kloß-Erkelenz, von 1919 zur Hälfte vom Reiche ersetzt. Von besonderer Wichtigkeit ist die Wochenfürsorge für diejenigen, die weder selbst versichert, noch Angehörige eines Versicherten sind, mit dem sie in Gemeinschaft leben. Anspruch darauf haben nur minderbemittelte Wöchne-

können. Als minderbemittelt gilt eine Wöchnerin in der Regel dann, wenn in dem Jahre vor der Entbindung oder im Steuerjahr ihr oder ihres Ehemannes Gesamteinkommen 10 000 Mark nicht übersteigt. Die bisherigen Grenzen lagen bei 2500 und 2000 Mark. Aus nicht recht ersichtlichen Gründen ist die bisherige Bestimmung, daß für jedes bereits vorhandene Kind die Höchstgrenze des Einkommens nach oben gerückt wird. Falls Tatsachen vorliegen, daß die Wöchnerin nicht minderbemittelt ist, trotzdem ihr Einkommen unter dem angegebenen Betrag bleibt, hat sie keinen Anspruch. Das trifft besonders häuerliche Familien. Auch bei der Wochenfürsorge für diese minderbemittelten Wöchnerinnen werden die Sätze gewährt wie bei der Familienbeihilfe. Die gesamten Ausgaben für Wochenhilfe und -fürsorge, soweit das Reich sie trägt, sind im letzten Etat mit 121 Millionen Mark veranschlagt. Dieser Betrag dürfte in Zukunft auf mehr als 200 Millionen Mark steigen. Dazu treten die Kosten für freie ärztliche Behandlung, die schwer zu schätzen sind.

Die „Politik" der Rechten.

Eine Zentrumsverwahrung.

In der heutigen Morgenausgabe der „Germania" wird „der Sinn der Politik der Rechten" einmal in verdienstlicher Weise unter die Lupe genommen. Das Blatt nimmt sich die „Deutsche Zeitung", die „Kreuz-Zeitung" und die „Tägliche Rundschau" (als die führenden Blätter der beiden Rechtsparteien) vor, geißelt die von diesen Organen selber täglich zweimal eingestandene Unsachlichkeit ihrer Politik, die so weit geht, daß man dem Gegner sogar die politische Achtung versagt. Das Zentrumsorgan weiß darum für den Reichskanzler, als den Leiter der Reichspolitik, „nur einen Ausweg", nur eine Richtschnur des Handelns:

„sich von der klässenden Meute nicht beirren zu lassen, so wie er es auch nicht getan in jener Riesenversammlung in Westfalen. Die Sache ist zu erheiternd und zu frisch, als daß man sie hier nicht erwähnen könnte. Als der damalige Reichsinnenminister in der bekannten Riesenversammlung zu Münster sprach, wurde er beim Betreten der Rednertribüne von den Anhängern des Zentrums mit stürmischem Händeklatschen begrüßt, während etwa 100 politische Gegner schrille Töne auf Kinderpfeifen erzeugten. Freunde und Feinde bekämpften sich so einige Minuten lang. Die ersten Worte des Kanzlers aber waren, wie uns erzählt wurde, dann etwa folgende: „Als die Juden vor Jericho zogen, hatten sie wenigstens Posaunen bei sich; da fielen die Mauern. Das war ein großer Erfolg. Wenn man aber mit Kinderpfeifen Finanzminister umwerfen könnte, dann gäbe es heute längst keinen mehr." Diese erfrischende Einleitung hatte selbst bei den Gegnern des Herrn Dr. Wirth einen so durchschlagenden Erfolg, daß sich wohl großer Beifall, aber kein Widerspruch mehr während des ganzen Abends erhob. So muß der Kanzler auch jetzt seinen Weg weitergehen, konsequent und fest und unbeirrt um das Gekläff einer gewissen Meute von Gegnern, denen es nicht auf die Sache ankommt, sondern die ihre politische Aufgabe darin sehen, um jeden Preis, auch um den des Herabsteigens in die Niederungen gewöhnlicher Beschimpfungen und persönlichster Verunglimpfungen die Staatsautorität von heute zu „bekämpfen" . . ."

Wir haben diesem Rat an den Reichskanzler ebensowenig hinzuzufügen wie der Charakterisierung der „Politik" der Rechtsparteien.

Die Bünde in der Reichswehr.

Verbot des „D. O. B." und des „R. B."

Wie nach mehreren Aeußerungen aus der Bendlerstraße erwartet werden mußte, ist jetzt das offizielle Verbot der beiden letzten im Heere geduldeten Bünde erfolgt. Der betreffende Erlaß Dr. Geßlers lautet wie folgt:

„Auf Grund des § 37 des Wehrgesetzes verbiete ich den Soldaten (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften) die Zugehörigkeit zum Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten und zum Deutschen Offiziersbund.

Ich halte mich zu diesem Verbot aus grundsätzlichen Erwägungen im Interesse von Staat und Wehrmacht verpflichtet, weil ich in der Art der Organisation und Betätigung dieser Verbände eine Gefahr für die Disziplin, die Kameradschaft und den inneren Zusammenhalt der Truppe erblicke, wenn auch den Bünden selbst, wie ich gern anerkennen will, die Absicht, disziplinstörend zu wirken, ferngelegen hat.

Um etwaige Härten bei dem Ausscheiden der Soldaten aus den Wohlfahrtseinrichtungen dieser Verbände zu vermeiden, ermächtige ich die Wehrkreiskommandeure und Marinestationschefs für das Ausscheiden aus den Wohlfahrtseinrichtungen Uebergangsbestimmungen zu treffen und ersuche, mir über ihre Anordnungen zum 15. August d. J. Bericht zu erstatten."

Der „Deutsche Offiziersbund", dessen reaktionäres Auftreten gegen die Reichsregierung mehr als einmal gerügt werden mußte, veröffentlicht im Anschluß an Geßlers Verfügung einen Aufruf, in dem er verspricht, daß er die jetzt ausscheidenden Reichswehroffiziere weiter zu den Seinigen zählen wird, „solange uns alle das Band ehrwürdiger, geheiligter Traditionen fest umschlingt". Der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten, dessen Verbot wahrscheinlich nur mit Rücksicht auf den Deutschen Offiziersbund erfolgt ist (denn von einem parteipolitischen Auftreten des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten dürften selbst die Reaktionäre nichts vernommen haben), wird an dieser Stelle noch selbst zu Worte kommen.

Orgeschparade in Marburg.

Die „Frankfurter Volksstimme" berichtet aus Marburg:

„Seit einigen Tagen durchziehen hier des abends Trupps junger Leute von acht bis zehn Mann, teils in vollkommen feldmarschmäßiger Ausrüstung, teils halb Zivil, halb Uniform, die Straßen der Stadt. Zum Teil sind die Demonstranten mit Hakenkreuzen, Orgeschabzeichen, bunten Armbinden, schwarzweißroten Bändern und Fähnchen geschmückt und schleppen vielfach schwere Patronenkisten und große Gepäckstücke mit sich.

Wie einwandfrei festgestellt werden konnte, handelt es sich nicht um Reichswehr, sondern um irreguläre Banden vom Stile der Baltikumtruppen. Die ganze Sache hat in allen Kreisen der Bevölkerung und vor allem in der Arbeiterschaft eine leicht begreifliche Erregung hervorgerufen, um so mehr noch, als die Polizeibeamten diesem ganzen Treiben vollkommen teilnahmslos zuschauen.

Wir fragen: Was sind dies für Banden? Wer lohnt sie, bezahlt ihre Eisenbahnfahrten, kleidet sie, wo bleiben diese Leute, was tun sie in Marburg? Wir fordern, daß die Organe der Polizei sich unverzüglich der Sache annehmen und in aller Oeffentlichkeit Aufklärung geben."

Wir finden diese Frage des Frankfurter sozialdemokratischen Organs sehr berechtigt. Leider werden wir lange warten können, ehe die zuständigen Stellen antworten werden. Und inzwischen geht die Auferstehung der Orgesch munter weiter.

Die „Folgen" des Prozesses.

Ein Scharfmacher.

In der „Täglichen Rundschau" wird ein Artikel von „militärischer Seite" veröffentlicht, der sich mit dem letzten Leipziger Prozeß befaßt. Der Verfasser nennt das Urteil hart und meint, daß die Offiziere „nur um ein weniges gesehlt" hätten. Dann stellt er die Frage: „Was wird die Folge dieser Rechtsprechung sein?" Er gibt sich selber folgende Antwort:

„Der Krieg ist nicht beseitigt; täglich und stündlich droht er in kleinerer und größerer Gestalt auch uns an unseren östlichen Grenzen. Jeden Augenblick kann die Wehrmacht des Deutschen Reiches gezwungen sein, für die Erhaltung deutschen Rechtes eingesetzt zu werden. Oder wer nicht an heute denken mag, der denke an morgen. Ein Kampf kann beginnen in reinster Verteidigung, getragen von allen verantwortlichen Schichten der Bevölkerung, und Situationen werden sich wiederholen, wie solche, die jetzt in Leipzig vor erzwungenem Forum verhandelt werden. Soll der Untergebene in Zukunft jeden Befehl, jede Kriegs- oder Polizeihandlung, die im Vorstürmen, im Säubern von Ortschaften, in der Verteidigung geboten ist, zergrübeln und auf die Wagschale legen? Soll er angesichts offenbarer Mißbräuche und Greuel beim Gegner sein zartes Gewissen befragen und in „zweifelhaften Fällen" seinen Gehorsam verweigern? Wo bleibt der Wille zum Erfolg? Die klare Folgerung aus Leipzig ist die, daß hier Verantwortung und militärischer Gehorsam zu Grabe getragen werden, und was heute den Oberleutnants Poldt und Dithmar geschieht, kann morgen den Rest unserer Wehrfähigkeit in Paragraphen ersticken . . . Fernab aber von menschlichem Mitgefühl muß uns die harte Notwendigkeit lehren, die Anwendung von Bestimmungen zu revidieren, welche die Grundlagen des militärischen Gehorsams wie der staatlichen Hoheit zu untergraben und unserer geringen Waffe die letzte Schärfe unvermeidlich zu nehmen drohen."

Diese Ausführungen zeigen am klarsten, wie verhängnisvoll sich in rein militärisch geschulten Köpfen die Welt malt. Die in jedem Betracht häßlichen Leipziger Ergebnisse bieten dem Verfasser lediglich Veranlassung zu der Folgerung, daß „militärische Verantwortung und Gehorsam zu Grabe getragen werden". Und das wird unter Aufwendung von viel Scharfmacherfreudigkeit ausgesprochen, obwohl jeder objektiv eingestellte Mensch auf Grund der letzten Verhandlungen erkannt haben mußte, daß hier ein wirkliches Kriegsverbrechen zur Aburteilung gestanden hat, und daß es daraus nur eine Folgerung zu geben habe: Weg mit jedem Krieg und allen mit ihm verbundenen „harten Notwendigkeiten"! Verschiedenes hinen verbundenen „harten Notwendigkeiten"! Verschiedenes andere zum gleichen Thema hat, im übrigen, der Leitartikel des Morgenblattes gesagt.

Die Provinzialausschüsse.

Ihre parteipolitische Zusammensetzung.

Der amtliche preußische Pressedienst gibt folgende Uebersicht über die parteipolitische Zusammensetzung der Provinzialausschüsse, die übrigens auch die Vertreter der preußischen Provinzen in den Reichsrat entsenden:

I. Ostpreußen.
5 Deutschnationale Volkspartei, 2 Deutsche Volkspartei, 1 Zentrum, 1 Deutsche Demokratische Partei, 3 Sozialdemokratische Partei, 1 Kommunist. (13 Mitglieder.)

II. Brandenburg.
6 Bürgerliche Vereinigung, 2 Deutsche Demokratische Partei, 3 Sozialdemokratische Partei, 1 Unabhängiger, 1 Kommunist. (13 Mitglieder.)

III. Pommern.
6 Deutschnationale Volkspartei, 2 Deutsche Volkspartei, 4 Sozialdemokratische Partei. (12 Mitglieder.)

IV. Schlesien.
2 Deutschnationale Volkspartei, 1 Deutsche Volkspartei, 2 Zentrum, 1 Deutsche demokratische Partei, 4 Sozialdemokratische Partei, 4 oberschlesische Mitglieder (14 Mitglieder).

V. Sachsen.
3 Deutschnationale Volkspartei, 2 Deutsche Volkspartei, 1 Zentrum, 1 Deutsche demokratische Partei, 3 Sozialdemokratische Partei, 2 Unabhängige, 2 Kommunisten (14 Mitglieder).

VI. Schleswig-Holstein.
5 Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, 5 Sozialdemokratische Partei (10 Mitglieder).

VII. Hannover.
2 Deutschnationale Volkspartei, 2 Deutsche Volkspartei, 1 Zentrum, 2 Deutschhannoveraner, 1 Deutsche demokratische Partei, 5 Sozialdemokratische Partei (13 Mitglieder).

VIII. Westfalen.
1 Deutschnationale Volkspartei, 2 Deutsche Volkspartei, 6 Zentrum, 1 Deutsche demokratische Partei, 3 Sozialdemokratische Partei, 1 Kommunist (14 Mitglieder).

IX. Rheinprovinz.
3 Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, 7 Zentrum, 3 Sozialdemokratische Partei, 1 Kommunist (14 Mitglieder).

X. Hessen-Nassau.
3 Deutsche Volkspartei, 2 Hessische Arbeitsgemeinschaft, 3 Zentrum, 1 Deutsche demokratische Partei, 4 Sozialdemokratische Partei, 1 Kommunist (14 Mitglieder).

Xa. Bezirksverband Cassel (Landesausschuß).
Cassel (Landesausschuß).
5 Hessische Arbeitsgemeinschaft, 2 Zentrum, 1 Deutsche demokratische Partei, 4 Sozialdemokratische Partei (12 Mitglieder).

Xb. Bezirksverband Wiesbaden (Landesausschuß).
Wiesbaden (Landesausschuß).
2 Deutschnationale Volkspartei, 2 Deutsche Volkspartei, 3 Zentrum, 1 Deutsche demokratische Partei, 4 Sozialdemokratische Partei. (13 Mitglieder).

Keine Gewaltoffensive der Gewerkschaften.

Zu der auch von uns sofort als zweifelhaft hingestellten Meldung der „Dena" über eine auf die Zertrümmerung des jetzigen Kabinetts gerichtete Offensive der Gewerkschaften wegen der Brotpreiserhöhung schreibt der „Vorwärts":

„Wie wir zu dieser Mitteilung von unterrichteter Seite erfahren, ist die Darstellung in dieser Form falsch. Unzutreffend ist vor allem, daß gegebenenfalls der Rücktritt der sozialistischen Reichsminister gefordert werden solle; **man hat sich nicht im mindesten in Gewerkschaftskreisen mit dieser Frage beschäftigt.** Zutreffend ist — wie es auch ohne die Nachricht der „Dena" als völlig selbstverständlich gelten muß —, daß die kommende Brotpreiserhöhung wiederholt den Gegenstand von Besprechungen innerhalb des A. D. G. B. bildete. Die Frage wurde gemeinsam mit der Zentralarbeitsgemeinschaft erwogen, und es wurde darauf hingewiesen, daß im Falle einer Verteuerung des Brotes eine Erhöhung der gegenwärtig tariflich festgelegten Löhne erfolgen müsse. Lediglich über diesen Punkt wurde auch das Reichskabinett in Kenntnis gesetzt."

Der letzte Punkt dieser Mitteilung wird auch von dem „Berliner Tageblatt" bestätigt. Zu Entscheidungen ist es jedoch in der Angelegenheit noch nicht gekommen.

Die „Deutsche Zeitung" als Herold der Wahrheit! In der „Deutschen Zeitung" steht einmal die Wahrheit. Allerdings nicht im politischen Teil, sondern in der Rubrik „Kurorte und Sommerfrischen". Dort wird in aller Ruhe dem deutschvölkischen Kolportageroman von der „schwarzen Schmach" der Garaus gemacht. Es wird darauf verwiesen, was auch wir immer betont haben, daß durch die willkürliche Uebertreibung einiger betrübenden Vorfälle nichts weiter erreicht wurde, als eine gründliche Unterbindung des Fremdenverkehrs und eine große Schädigung der beteften Gebiete. Wir freuen uns aufrichtig, diese vernünftige Auffassung jetzt auch in der „Deutschen Zeitung" zu finden, wenn auch nur in einer unpolitischen Beilage. Immerhin hätte dem Rhein- und Moselland manches erspart werden können, wenn die „Deutsche Zeitung" und die ihr gesinnungsverwandten Organe die Tendenzmache unterlassen und so wie jetzt darauf aufmerksam gemacht hätten, daß die schwarzen Besatzungstruppen kaserniert seien und im allgemeinen nur Deutsche, „die es darauf anlegen", mit ihnen in Berührung kommen.

Japan in außenpolitischer Krisis.

Hardings Konferenzprogramm.

London, 19. Juli. (W. T. B.)

Nach einer Meldung der Associated Preß aus Tokio besteht in Japan die Auffassung, daß das Land in der Frage der Washingtoner Abrüstungskonferenz einer Krise ersten Ranges gegenüberstehe. In dem Kager der Konferenzgegner seien besonders Mitglieder der Diplomatie zu finden, denen auf der anderen Seite eine starke liberale Gruppe gegenüberstehe.

Die Antwort der Vereinigten Staaten, die in großen Umrissen das Programm der Konferenz angeben soll, wird mit Ungeduld erwartet. „Daily Expreß" meldet, daß der Vorschlag über die Abrüstungskonferenz größte Unruhe in Japan hervorgerufen habe.

Washington, 19. Juli. (Ltd. Tel.)

Das amerikanische Außenamt hat über die Konferenz von Washington folgende Erklärung abgegeben:

1. Die Vereinigten Staaten stellen keinerlei Regeln für die Konferenz auf. Sie erwarten vielmehr, daß die teilnehmenden Staaten die Regelung der Verhandlungen selbst vornehmen.

2. Vor dem Zusammentreten der Konferenz steht den Mächten völlig frei, gewisse Verhandlungsgegenstände im Wege des diplomatischen Notenaustausches oder auf sonst einer anderen Art zu erörtern.

3. Eine Nation, die sich bereit erklärt, an der Konferenz teilzunehmen, gibt damit noch keineswegs der Konferenz das Recht, die Annahme oder Ablehnung von Beschlüssen für die Staaten für bindend zu erklären. Damit ist die Souveränität aller konferenzenden Staaten gewährleistet.

*

Der Pariser „Temps" veröffentlicht eine Meldung aus Washington, nach der die „Associated Preß" von einer neuen Mitteilung der Vereinigten Staaten an Japan berichtet. Darin werde Japan zu einer neuen Prüfung aufgefordert, ob es an der Abrüstungskonferenz teilnehmen könne, ohne auf die Aufstellung eines bestimmten Programms bezüglich der Angelegenheiten des fernen Ostens zu bestehen.

De Valeras Besprechungen.

Die Waffenruhe.

London, 19. Juli. (W. T. B.)

„Daily Chronicle" meldet, daß die gestrigen Besprechungen Lloyd Georges mit de Valera und Kabinettsmitgliedern von Ulster die Lösung des irischen Problems nicht gefördert hätten. Bis jetzt sei keine Grundlage gefunden, die zu einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter Nord- und Südirlands mit der englischen Regierung führen könnte. Lloyd George halte die Lage indessen nicht für aussichtslos. Die Minister von Nordirland sind gestern abend nach Belfast zurückgekehrt.

London, 18. Juli. (Reuter.)

Die Sinnfeiner und die britischen militärischen Behörden in Irland haben ein Abkommen geschlossen, wonach alle Beschränkungen für Messen und Märkte aufgehoben werden, wogegen die Sinnfeiner alle Bürger auffordern, mitzuhelfen, die Gräben anzufüllen und andere Verkehrshindernisse zu beseitigen sowie die Brücken wiederherzustellen.

Bonomis Regierungserklärung.

Italiens auswärtige Politik.

Rom, 19. Juli. (Ag. Stef.)

Die Kammer hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Ministerpräsident Bonomi verlas Erklärungen des neuen Kabinetts, in denen es u. a. heißt, die allgemeine politische Richtung werde sich nicht ändern, aber die Regierung müsse von nun an ihre Absichten in der auswärtigen Politik, die den Anlaß zur Ministerkrise gebildet habe, in der wirtschaftlichen und Finanzpolitik und auch in der inneren Politik klar stellen. **Die auswärtige Politik sei natürlich durch das von Italien freiwillig übernommene Abkommen gebunden.** Italien könne zur Wiederherstellung Europas entsprechend seinen Ruhm und seiner Ueberlieferung beitragen. Ebenso habe es, sobald die Vereinigten Staaten in der Frage der Abrüstungskonferenz vorgegangen seien, sofort und warmherzig Amerikas Vorgehen zugestimmt, zumal es bereits eine Herabsetzung seines Heeres begonnen und im Völkerbundsrat schon einen ähnlichen Antrag gebildet habe.

Zur adriatischen Frage bemerkte Bonomi: Diese Frage ist in ihren wesentlichen Zügen mit dem Vertrag von Rapallo gelöst, der geachtet werden soll.

Der Ministerpräsident sprach weiter.

Griechische Erfolge in Kleinasien.

Kemal reist an die Front

Athen, 19. Juli. (Amtlich.)

Kiutahia ist am Sonntag nachmittag 3 Uhr eingenommen worden.

Angora, 18. Juli. (W. T. B.)

Mustapha Kemal Pascha und General Fewzi Pascha sind an die Front abgereist. Ein offizieller Heeresbericht aus Angora bestätigt nach dem C. C. die griechische Offensive und die Tatsache, daß vier griechische Divisionen die Linie Yenichei—Nazli—Pacha besetzten. Die türkischen Truppen ziehen sich, dem Bericht zufolge, kämpfend zurück.

Reichstagsauflösung in Schweden.

Neuwahlen im September

Stockholm, 18. Juli. (W. T. B.)

Der heute unter dem Vorsitz des Königs tagende Ministerrat beschloß, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen zur Zweiten Kammer auf die Zeit vom 11. bis 18. September anzuberaumen.

Groß-Berlin

Arbeitsniederlegung der Berliner Volontärärzte.

Nur Notstandsarbeiten werden ausgeführt.

Seit einigen Tagen bestand, wie berichtet, die Gefahr, daß die Volontärärzte an den Berliner Universitätskliniken und an der Charité ihre Arbeit niederlegen würden, falls der von ihnen dem Kultusministerium unterbreitete Vermittlungsschritt zu keiner Einigung führen würde. Den Beschluß der Arbeitsniederlegung zu fassen, war der Zweck der Versammlung, die heute mittag in der Frauenklinik in der Charité stattfand, und zu der neben den Vlontärärzten die Vertreter sämtlicher Aerzteorganisationen erschienen waren. Da auch bis zu dieser Stunde das Schreiben an den Kultusminister ohne Antwort geblieben war, wurde einstimmig beschlossen, **die Arbeit mittags um 12 Uhr sofort niederzulegen.** Die Zahl der im Ausstand befindlichen Volontärärzte beläuft sich auf **160 Assistenten,** denen sich noch **40 Praktikanten,** darunter auch zahlreiche Ausländer, angeschlossen haben. Die Oberärzte haben erklärt, **keine Streikarbeit** zu leisten, jegliche Arbeit mit Streikbrechern abzulehnen und nur die notwendigsten, sogenannten **Notstandsarbeiten** auszuführen. Sie führen also nur den Dienst in den Operationssälen und bei den Schwerkranken aus, so daß eine Gefahr von Operationsverzögerungen nicht eintreten kann.

*

Es ist unverständlich, warum sich das Kultusministerium gegenüber den berechtigten Forderungen der um ihre Existenz kämpfenden Volontärärzte völlig ablehnend verhält. Die finanzielle Sorge allein kann nicht ausschlaggebend sein. Vor allem aber fällt das völlige Stillschweigen der Behörde auf, das zum mindesten nicht zu deren Gunsten ausgelegt werden kann. Die Oeffentlichkeit hat ein großes Interesse daran, zu erfahren, warum das Kultusministerium noch immer keine geeigneten Schritte unternommen hat, den Konflikt auf dem Wege der Verständigung beizulegen, besonders, da die Volontärärzte gerne dazu bereit sind. Der altpreußische Behördenstandpunkt gegenüber dem „Untergebenen" ist längst überholt und wirkt in diesem Falle doppelt aufreizend.

Der Wasserstand in der Mark. Die märkischen Flüsse und Wasserläufe haben in den letzten Tagen rapide abgenommen. Die Schiffer sind schon wegen der Schiffahrt in Sorge und laden nur noch in beschränktem Umfange, um nicht unterwegs liegen bleiben zu müssen. Besonders besorgniserregend ist das Fallen des Wasserstandes der Oder, Neiße und Spree.

Neuwahlen für das Kaufmanns- und Gewerbegericht. Nachdem jetzt, wie vom Reichsarbeitsministerium geschrieben wird, der Oberpräsident das vom Berliner Magistrat und den Stadtverordneten erlassene neue Ortsstatut bestätigt hat, ist die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht auf den 21., zum Kaufmannsgericht auf den 28. August angesetzt worden. Dies bedeutet, daß die Rechtsprechung in gewerblichen und kaufmannsgerichtlichen Streitigkeiten in Berlin auf mindestens zwei Monate aussetzen muß. Zur Vermeidung des Stillstandes der Rechtspflege bleibt nur der, wenn auch bisher selten begangene Weg des § 18 des Gewerbegerichtsgesetzes und des § 15 des Gesetzes betreffend Kaufmannsgerichte. Nach diesen Bestimmungen ist die höhere Verwaltungsbehörde befugt, wenn Wahlen nicht zustande gekommen sind, die Wahlen, soweit sie durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorzunehmen waren (Beisitzer), durch den Magistrat vornehmen zu lassen, und soweit die Wahlen vom Magistrat vorzunehmen waren (Vorsitzende und Stellvertreter), die Mitglieder selbst zu ernennen.

Die außerordentliche Beihilfe für langfrist Erwerbslose. Der Reichstag hat, wie berichtet, eine Entschließung angenommen, wonach den Gemeinden für die langfristig Erwerbslosen die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, eine besondere Beihilfe zu gewähren ist, die es den Gemeinden ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen vorzunehmen. Der Reichsarbeitsminister hat zur Ausführung dieses Beschlusses, der im Einvernehmen mit der Reichsregierung gefaßt worden ist, folgendes bestimmt: Als durchschnittlicher Betrag, der für den einzelnen langfristig Erwerbslosen aus Mitteln des Reiches, des Landes und der Gemeinde insgesamt auszuwerfen ist, sind im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister 600 Mark festgesetzt worden. Dieser Betrag, vervielfacht um die Anzahl der langfristig Erwerbslosen, die ohne Hinzuzählung der Familienangehörigen an einem Stichtag in einer Gemeinde vorhanden sind, darf in keiner Gemeinde überschritten werden. Die Beihilfe soll nach den Beschlüssen des Reichstags und der Reichsregierung grundsätzlich nur in Sachleistungen, Bekleidungsgegenständen und Schuhwerk gewährt werden. Als Stichtag für die Berechtigung zum Bezuge ist ein Tag zwischen dem 1. und 31. Juli d. M. festzusetzen. Der Betrag, der für diese Sonderbeihilfe aus Reichsmitteln aufgewendet wird, soll nach dem Wunsche der Reichsregierung die Summe von 30 Millionen nicht übersteigen.

Die Drehorgel der Kriegsbeschädigten. Die Abgabe von Drehorgeln an Kriegsbeschädigte hatte eine Hauptfürsorgestelle beim Reichsarbeitsministerium zur Sprache gebracht. Es war angefragt worden, ob die Lieferung im Fürsorgewege in Ausnahmefällen zulässig sei. Der Minister hat sich aber auf das entschiedenste dagegen gewandt. Er wiederhole die Auffassung, die er von jeher vertreten habe, daß Kriegsbeschädigte von allen Berufen fernzuhalten sind, die mittelbar einen Anreiz zum Betteln bieten können. Sollten Fürsorgestellen trotzdem in Zukunft Kriegsbeschädigten Drehorgeln bewilligen, so müsse er eine Beteiligung des Reiches an den Kosten ablehnen. Im übrigen hätten die bisherigen Erhebungen keinen Anhalt für die Richtigkeit der Behauptung ergeben, daß Fürsorgestellen Kriegesbeschädigten Drehorgeln geliefert haben.

Haftentlassung Dr. Rudolphs. In der Angelegenheit des schwer beschuldigten juristischen Hilfsarbeiters beim Magistrat Berlin, Dr. Rudolph, ist eine vorläufige Wendung eingetreten. Dr. Rudolph gibt bekannt, daß er sich zur Kur in Wildbad aufhalte, nicht verhaftet sei und alle Vorwürfe gegen ihn auf Unwahrheit beruhen. Wie wir erfahren, ist der Stand der Angelegenheit augenblicklich der, daß Dr. Rudolph wohl verhaftet war, aber jetzt wieder entlassen worden ist, da dem dortigen Amtsgericht bis zur Stunde noch nicht die notwendigen behördlichen Unterlagen zugegangen sind, die zur Aufrechterhaltung der Haft erforderlich sind. — Es ist zu fordern, daß der Magistrat Berlin auch hierüber Auskunft gibt.

Zwei Kinder verbrüht. Einen schrecklichen Tod erlitt das fünf Jahre alte Töchterchen Charlotte des Ehepaares Böhm aus der Kreutzigerstraße 7. Frau Böhm hatte Kaffee gekocht und die Kanne mit dem heißen Kaffee auf die Kochmaschine gestellt. Während sie am Fenster saß und nähte, stießen die Kinder, die fünfjährige Charlotte und deren jüngeres Brüderchen Heinz, die Kanne um und der heiße Trank ergoß sich über sie. Beide erlitten schwere Brandwunden, an deren Folgen das Mädchen bald darauf starb.

In den Händen eines Erpressers. Zu Hausdiebstählen gezwungen wurde eine Verkäuferin, die in einem hiesigen Konfektionshause für Damen- und Kinderkleidung beschäftigt war. Der Wert der gestohlenen Sachen belief sich, als man jetzt hinter die Diebstähle kam, bereits auf eine halbe Million Mark. Das Mädchen hatte sich bereits im Jahre 1918 kleine Verfehlungen zuschulden kommen lassen, indem es kleine Seidenreste zu sich steckte und mit nach Hause nahm, um sich davon eine Bluse oder sonstige Sachen zum eigenen Gebrauch zu machen. Als es einmal etwas mehr war, schenkte es den Rest einer Freundin. Diese hatte jedoch selbst keine Verwendung dafür und verkaufte ihn an den Händler Otto Thiele in Moabit. Dieser erhielt auch Kenntnis davon, daß der Stoff gestohlen war und nun setzte er die Daumschrauben an. Unter Drohungen mit Anzeige zwang er die junge Verkäuferin, ihm weitere Seidenstoffe und auch andere Sachen zu beschaffen. Er ging so weit, daß er vor dem Geschäft erschien, der Verkäuferin einen Zettel hineinschickte, auf dem er um bestimmte Sachen ersuchte und dann wartete, bis sie nach Feierabend das Geschäft verließ. Er ließ sich die Sachen dann aushändigen und entfernte sich damit, ohne daran zu denken, dem Mädchen etwas dafür zu geben. Als jetzt das Mädchen bei einem Diebstahl abgefaßt wurde, gestand es ein, daß der Händler es zu den Diebstählen gezwungen hatte. Daraufhin wurde auch dieser festgenommen.

Schutz gegen Einbrüche in der Reisezeit.

Beratungsstelle im Polizeipräsidium. — Die meisten Sicherheitsschlösser sind wertlos.

Vielen Menschen wird jetzt die Abreise schwer und der Aufenthalt in der Sommerfrische getrübt durch die Sorge um die allein zurückgelassene Wohnung. Wurden doch im Jahre 1919 nicht weniger als 13 000 Einbrüche in Berliner Wohnungen ausgeführt, von denen die meisten auf die Sommermonate entfielen. Die Sicherheitsverhältnisse sind inzwischen bedeutend besser geworden, aber immerhin werden gegenwärtig nach Angaben unterrichteter Kriminalbeamten vier- bis fünfmal soviel Wohnungen von Einbrechern heimgesucht als vor dem Kriege, und der täglich anschwellende Polizeibericht beweist, daß jetzt die goldene Erntezeit für die Einbrecher gekommen ist. Aus den von der Polizei geführten Listen ergibt sich, daß in Wohnungen viel mehr eingebrochen wird als in Geschäfte.

In erster Linie ist die Polizei dazu berufen, die Sicherheit zu erhöhen, aber es liegt auch in der Hand des Publikums, Einbrüche zu verhüten oder unmöglich zu machen. Viele haben wohl den guten Willen dazu, wissen aber nicht, wie sie es machen sollen. Da muß nun zunächst nachdrücklichst hingewiesen werden auf die **Beratungsstelle zum Schutz gegen Einbruch und Diebstahl,** die auf Veranlassung des preußischen Ministeriums des Innern am 1. Juni im Berliner Polizeipräsidium errichtet worden ist und unter der Leitung des Kriminalkommissars Geißel steht. Hier erhält jeder, der seine Wohnung sichern will, in den Stunden von 10—1 unentgeltlich den besten Rat. Die Benutzung dieser Beratungsstelle kann nicht genug empfohlen werden. Die meisten Leute halten ihre Wohnung für genügend gesichert, wenn sie in ihre Wohnungstür ein sogenanntes „Sicherheitsschloß" einsetzen lassen. Aber nur die wenigsten wissen, daß viele der im Handel befindlichen Sicherheitsschlösser höchst unsicher sind und von jedem Einbrecher mit einem Griff geöffnet werden können. **Die Polizei hat bis jetzt 42 verschiedene Arten von „Sicherheitsschlössern" als völlig wertlos erwiesen** und die Hersteller auf die Mangelhaftigkeit ihrer Fabrikate aufmerksam gemacht. Wer also ein Sicherheitsschloß anbringen lassen will, tut gut daran, sich zunächst auf der Beratungsstelle sagen zu lassen, welches System wirklichen Schutz gewährt, und ein bereits gekauftes Schloß prüfen zu lassen.

Ein Sicherheitsschloß genügt aber gewöhnlich nicht, eine Wohnung gegen einen Angriff zu schützen. Denn die meisten Einbrecher schneiden, wenn sie auf den Widerstand eines Sicherheitsschlosses stoßen, die Türfüllung heraus und dringen durch die Oeffnung in die Wohnung ein. Es kommt also auch darauf an, **die Türfläche innen mit Wellblech oder Eisen so zu sichern,** daß sie nicht durchgesägt werden kann. Erst eine mit Eisenblech beschlagene und mit einem guten Chubb- oder Bramaschloß versehene Tür gewährt nach dem Urteil der Kriminaltechniker Schutz.

Zu den technischen Sicherungen muß ein **zweckmäßiges Verhalten des Wohnungsinhabers hinzukommen.** Denn erfahrungsgemäß spüren Einbrecher erst die Gelegenheit aus und suchen sich vorher über die Lage der Räume zu unterrichten. Gegenüber allen Fremden, die Zutritt zu den Wohnungen verlangen, muß in der Reisezeit doppelt große Vorsicht geübt werden. Es gibt auch noch immer arglose Gemüter, die sich durch die elegante Kleidung von „Gentlemeneinbrechern" täuschen lassen, und doch treten im Westen Berlins, um nicht aufzufallen, die Einbrecher nicht mit Knüpfstuch und Mütze, sondern stets in gutbürgerlichem Anzug auf. Wie gerade in letzter Zeit mehrere Kapitalverbrechen gezeigt haben, wird das Telephon gern zur Vorbereitung eines Verbrechens benutzt. Es sollte daher bei der Abreise dem zur Beaufsichtigung der Wohnung Beauftragten eingeschärft werden, **keinem Fremden irgendeine telephonische Auskunft über Anwesenheit oder Abwesenheit des Wohnungsinhabers zu erteilen.**

Als letztes, aber nicht schlechtestes Mittel bietet sich zum Schutz der Wohnung und des Eigentums die **Versicherung** dar. Wie uns der Vertreter einer großen Versicherungsgesellschaft angab, ist der Preis für eine Einbruchsversicherung infolge sinkender Einbruchsziffern kürzlich um 25 Prozent herabgesetzt worden. Mit 1,90 Mark kann man sich jetzt schon für 1000 Mark Wert versichern. Gegen einen Zuschlag von 20 Prozent kann der Wohnungsinhaber auch gegen „Beraubung" sich schadlos halten. „Beraubung", die etwas anderes ist als „Einbruch", liegt vor, wenn beispielsweise das Dienstmädchen einem Einbrecher öffnet, von diesem niedergeschlagen wird und wenn dann die Ausplünderung erfolgt. **L. L.**

Die Umstellung der Brotversorgung.

Die Verhandlungen mit den Arbeitnehmer-Organisationen.

Wie die B. S.-Korrespondenz erfährt, dürften die Besprechungen zwischen den Regierungsvertretern und den Beauftragten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände über den automatischen Lohnzuschlag nach der Erhöhung des Brotpreises erst zu Anfang des kommenden Monats beendet werden, da gegenwärtig auch in der Regierung über die endgültige Höhe der Brotpreise sich noch nichts Bestimmtes sagen läßt. Besonders über die Art der Festsetzung von Lohn- und Gehaltszuschlägen müssen noch besondere Besprechungen geführt werden, da aus den Kreisen der Gewerkschaften heraus gefordert wird, daß bei der Findung des Ausgleiches nicht nach dem im Januar 1920 angewandten Prinzip, die Familie zu vier Köpfen zu rechnen, verfahren werde.

Trotz der wiederholten Aufforderung der zuständigen Regierungsstellen und der täglich einlaufenden Anfragen der großen Kommunalverbände ist es bisher in der Reichsgetreidestelle noch nicht möglich gewesen, die neuen Mehlpreise, die Grundlage für alle weiteren Berechnungen, festzusetzen. Man will in der Reichsgetreidestelle sich zunächst einen möglichst vollständigen Ueberblick über den Ausfall der Ernte machen, um mit einiger Sicherheit die Preise festlegen zu können, die von der Landwirtschaft und dem Handel dann auch innegehalten werden können. Im Kuratorium der Reichsgetreidestelle besteht die Absicht, an der bisherigen Ausmahlung des nunmehr im Umlageverfahren erfaßten Getreides in Höhe von 85 Prozent (!!) festzuhalten. Das Kuratorium wird in den ersten Tagen des August zu einer entbestimmt werden. Es scheint sehr fraglich, ob, entgegen der Regierungserklärung, ein 40prozentiger Zuschlag zu den jetzt geltenden Preisen genügen wird, um das gegen Marken zu liefernde Brot herzustellen. Die Bäcker verlangen, daß bei der Festsetzung des Kleinhandelspreises durch den Magistrat auch die neue Steigerung von Gas, Kraft und Feuerung berücksichtigt wird.

*

Wir haben von Anfang Bedenken gegen den Optimismus des Reichsernährungsministeriums geäußert. Wir wollen vorläufig zu all diesen Fragen noch keine Stellung nehmen sondern abwarten, bis sich die Verhältnisse weiter geklärt haben.

Munitionsexplosion bei Königswusterhausen. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich heute vormittag gegen ½11 Uhr auf dem Schießplatz Wildau bei Königswusterhausen. Dort werden seit längerer Zeit Infanteriegeschosse entladen, die nach dem Friedensvertrage vernichtet werden müssen. Der Inhalt zahlreicher Geschosse, der sich in einem großen Pulverkessel befand, explodierte plötzlich aus noch nicht ermittelter Ursache und verletzte vier Arbeiter aus Wildau, die mit dem Entladen der Geschosse beauftragt waren, so schwer, daß sie sofort durch das Automobil der Kontrollkommission in das Kreiskrankenhaus eingeliefert werden mußten.

Ein marokkanischer Schütze wegen Raubmordes erschossen. Heute früh 5½ Uhr wurde auf dem Großen Sand bei Gonzenheim der Raubmörder Mohamed Ben Ahmed von der 1. Maschinengewehrkompagnie des 63. marokkanischen Schützenregiments erschossen, der am 27. Mai vom Kriegsgericht beim Hauptquartier der Rheinarmee wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst a. M. zum Tode verurteilt worden war.

Erwerbslosenfürsorge im Mai. Die Zahl der Berliner Erwerbslosen hat sich im Laufe des Monats Mai etwas verringert. Während am Ende des Vormonats rund 72 500 Erwerbslose unterstützt wurden, fiel die Zahl im Laufe dieses Monats auf rund 69 100. (Davon 53 300 männliche und 15 800 weibliche.) Der Abgang an Erwerbslosen im Laufe des Mai betrug rund 14 300 (davon 11 600 männliche und 2700 weibliche), der Zugang rund 10 900 (davon 8300 männliche und 2600 weibliche). Es schieden aus: infolge Arbeitsaufnahme 10 719, Arbeitsverweigerung 19, Fernbleibens von den Geschäftsstellen 1890, Ablebens 31, Verheiratung 25, Abwanderung 180, aus sonstigen Gründen 1444. Von den 69 100 Erwerbslosen waren rund 30 500 organisiert.

Sparsamer Kohlenverbrauch.

Eine Ausstellung der Preußischen Landeskohlenstelle.

In München findet in diesen Tagen eine von der bayerischen Landeskohlenstelle veranlaßte Lehrausstellung für Wärmewirtschaft statt. Die preußische Landeskohlenstelle hat es ermöglicht, daß der für die Bevölkerung wichtigste Teil, die gemeinnützige Ausstellung für sparsames Heizen und Kochen, in verschiedenen Teilen des Reiches vorgeführt werden kann. In Berlin wird die Ausstellung im alten Charlottenburger Schlosse in der Zeit von Mitte August bis Ende September gezeigt werden. Die Leitung hat die Hauptstelle für Wärmewirtschaft übernommen. Die Ausstellung umfaßt zunächst eine Abteilung für Statistik und Brennstoffkunde. Eine weitere Abteilung behandelt die Wärmewirtschaft des Hauses, indem in praktischer Form die baulichen Maßnahmen, die im Interesse der Wärmewirtschaft wichtig sind, besonders die Eigenschaften der verschiedenen Baustoffe, günstige Mauerstärken, Wärmeschutzmittel, richtige Anordnung und Ausführung der Kamine usw. gezeigt werden. Kachelöfen und Herde werden in natürlicher Ausführung mit sichtbaren Innenkonstruktionen, in solchen Bauarten, die sich besonders gut bewährt haben, vorgeführt. Auf die häufigsten Mängel der Ausführung und Bedienung wird besonders hingewiesen. In gleicher Weise werden Eisenöfen und Eisenherde, ebenso Zentralheizungen in anschaulicher Form gezeigt. Auch die Abteilungen Gas und Elektrizität im Hausbrand und Kleingewerbe bieten den Besuchern nützliche Anregungen und Erklärungen. Gleichzeitig werden auch nützliche Winke über die vorteilhafte Einteilung des Kochens gegeben. Die Eigenarten der verschiedenen Heiz- und Kochsysteme sollen dabei in streng sachlicher Weise erläutert und die Wahrnehmung irgendwelcher Verkaufsinteressen durchaus vermieden werden. Die praktischen Vorführungen werden den Hausfrauen, Hausbesitzern und Mietern eine vollkommene Gelegenheit bieten, sich eingehend über alle Fragen eines sparsamen Heiz- und Kochbetriebes zu unterrichten.

Handelsteil

In der Kommanditistenversammlung der Diskonto-Gesellschaft wurde die Dividende auf 16 pCt. festgesetzt und beschlossen, das Kommanditkapital um 90 Mill. M. auf 400 Mill. M. zu erhöhen. Die neuen, vom 1. Januar 1921 ab gewinnberechtigten Kommanditanteile werden von einem Konsortium, bestehend aus der Norddeutschen Bank in Hamburg und dem A. Schaffhausenschen Bankverein zu 168⅓ übernommen mit der Verpflichtung, 12½ Mill. M. zu 100 pCt. der Diskonto-Gesellschaft zu übergeben und die restlichen 77½ Mill. M. den Kommanditisten so anzubieten, daß auf 12 000 M. alte, 3000 M. neue Kommanditanteile zu je 180 pCt. entfallen. Aus dem Aufsichtsrat scheidet Kommerzienrat Hugo Keller (Leipzig) aus. Statt seiner wurde neu gewählt Konsul Ernst Schön (Leipzig), ferner wurden gewählt Kommerzienrat Dr. Hentschel (Kassel), Graf Praschma, Bankier August Ladenburg, Konsul Theodor Frank (Mannheim) und Bankdirektor Benno Weil (Süddeutsche Diskontogesellschaft.)

Hanf und Flachs aus Rußland. In den Speichern des Osthafens sind durch die Deutsch-Russische Transportgesellschaft jetzt die ersten Waggonladungen Flachs und Hanf aus Rußland eingelagert worden. Es steht zu erwarten, daß weitere Sendungen in allernächster Zeit folgen werden. Der Handelsverkehr wird sich in der Hauptsache auf Hanf, Flachs, Felle und Därme erstrecken.

Devisen	19. 7. Geld	19. 7. Brief	18. 7. Geld	18. 7. Brief	Devisen	19. 7. Geld	19. 7. Brief	18. 7. Geld	18. 7. Brief
Holland Gld.	2435.05	2439.95	2422.55	2427.45	Ungar. . K.	23.72	23.78	22.07	22.13
Dänemark K.			1181.30	1183.70	Tsch.-Sl. K	96.40	96.60	90.90	91.10
Schweden K.			1695.85	1699.15	Spanien Ps.			904.—	906.—
Norwegen K.	999.—	1001.—	1010.45	1012.55	Amerika D			76.92	77.08
Finnld. f. M.	126.85	127.15	126.75	127.05	Belgien Fr.			582.90	584.10
Schweiz Fr.			1266.20	1268.80	England £			276.95	277.55
Oest. (alt.) K.	—.—	—.—	—.—	—.—	Frankr. Fr.			596.90	598.10
Dt.Oestr. K.	10.08	10.12	10.43	10.47	Italien. Lire			347.15	347.85

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Größtenteils heiter, nachts ziemlich kühl, am Tage wieder warm bei mäßigen östlichen Winden, Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In Nordost- und Mitteldeutschland nur vereinzelte, im Süden und Westen ziemlich zahlreiche Gewitter.